Vertrauen zwischen Tschechen und Deutschen

Petr Fiala

Rede zum 80-jährigen Bestehen der Ackermann-Gemeinde, München, 31. Oktober 2026

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

ich danke Ihnen für die Einladung. Zum achtzigjährigen Bestehen der Ackermann-Gemeinde gratuliere ich Ihnen herzlich und danke Ihnen für Ihre Arbeit. Wie wichtig Ihre Arbeit ist, habe ich in verschiedenen Phasen meines Lebens erfahren: nach dem Ende des Kommunismus beim Wiederaufbau der Zivilgesellschaft und des geistigen Lebens, als Hochschullehrer und später als tschechischer Ministerpräsident.

Ich möchte darüber sprechen, wie zwischen Tschechen und Deutschen Vertrauen entstand, was es uns heute ermöglicht und wie wir es weitergeben können. Dabei werde ich von persönlichen Erfahrungen berichten und unsere Beziehungen in den europäischen Zusammenhang stellen: Welche Aufgaben haben wir gemeinsam, für Europas Sicherheit und für Freiheit und Demokratie in unseren Gesellschaften?

Versöhnung und historische Verantwortung

Heute, am 31. Oktober, gedenken wir des heiligen Wolfgang, des Bischofs von Regensburg. Im Jahr 973 stimmte er zu, Böhmen von seinem Bistum zu trennen, und ermöglichte damit die Gründung des Bistums Prag. In der Politik ist es selten, dass jemand auf einen Teil seiner Macht verzichtet und gerade dafür bleibende Anerkennung erhält. Vielleicht verehren wir ihn auch deshalb als Heiligen. Wolfgang lag die Kirche in Böhmen mehr am Herzen als der Umfang seiner eigenen Macht.

Auch unsere gemeinsame Geschichte wirft diese Frage auf: Sehen wir im Erfolg unserer Nachbarn einen eigenen Verlust? Oder interessiert uns, was wir mit ihnen gemeinsam schaffen können?

Für mich hat das eine persönliche Bedeutung. Meine Familie wurde unmittelbar von den Nationalsozialisten verfolgt. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, habe ich mich seit Anfang der neunziger Jahre um die tschechisch-deutsche Versöhnung bemüht. Mir war klar: Auch wir auf tschechischer Seite mussten das Leid der deutschen Bevölkerung unserer Länder benennen und das Unrecht, das Tschechen begangen hatten. Für die tschechische Gesellschaft war das ein sehr schwieriger Schritt.

Wer selbst Unrecht erlebt hat, sollte empfindsamer sein für das Leid anderer. Es geht nicht darum, die Geschichte nach unseren heutigen Wünschen umzuschreiben. Wir müssen die Wahrheit über sie annehmen, auch wenn sie uns unangenehm ist, und so handeln, dass sich Ähnliches nicht wiederholt. Darin liegt für mich die Verbindung zwischen einem ehrlichen Umgang mit der Vergangenheit und der Verantwortung für die Zukunft.

Darin liegt auch der Wert Ihrer Arbeit. Menschen, die selbst ihre Heimat verloren hatten, halfen später Menschen in dem Land, aus dem sie vertrieben worden waren. Sie schickten Bücher und Medikamente und unterstützten die tschechische Kirche unter kommunistischer Verfolgung. Nach allem, was sie erlebt hatten, erforderte das viel innere Kraft.

Als Ministerpräsident konnte ich bei Gesprächen mit deutschen Partnern auf dieses Vertrauen bauen. Es war über Jahrzehnte gewachsen, weil Menschen auf beiden Seiten der Grenze halfen, Misstrauen zu überwinden.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Wie tief dieses Misstrauen einst saß, zeigt unser Blick auf München. Für uns Tschechen ist München mehr als ein Stadtname. Es ist auch ein Symbol für 1938: für Entscheidungen über unser Land ohne unsere Beteiligung und den Weg in den Verlust der Freiheit. Diese Erfahrung bleibt Teil unseres historischen Gedächtnisses.

Meine Generation kannte aber auch das München von Radio Free Europe. Trotz Störsendern und Rauschen erreichten uns Nachrichten, die der kommunistische Staat uns vorenthielt. Sie erinnerten uns an die freie Welt, zu der wir gehörten.

Und es gab das München der Menschen, die tschechischen Exilanten halfen und Kontakte in die Heimat aufrechterhielten. Sie arbeiteten an der Verständigung, lange bevor diese zum Thema offizieller politischer Gespräche wurde.

München als Ort des Verrats, München als Ort der Hoffnung und München als Ort der Versöhnung. All diese Erfahrungen gehören zu unserer Geschichte. Die Ackermann-Gemeinde, hier im Januar 1946 gegründet, hat wesentlich dazu beigetragen, dass unsere Erfahrung mit München nicht im Jahr 1938 stehen geblieben ist.

Ein weiteres Beispiel dieser Versöhnungsarbeit finden wir im Kloster Rohr in Niederbayern. Dort fanden nach dem Krieg deutsche Benediktiner aus Broumov in Böhmen, auf Deutsch Braunau, eine neue Heimat. Nach 1968 nahmen sie Anastáz Opasek auf, den Abt von Břevnov, der elf Jahre in kommunistischen Gefängnissen verbracht hatte. Aus den böhmischen Ländern vertriebene Ordensleute halfen einem tschechischen Abt, der unser Land zwei Jahrzehnte später hatte verlassen müssen.

Mit dem katholischen Philosophen und ehemaligen politischen Häftling Vladimír Neuwirth gründete Opasek später Opus bonum. Die Vereinigung arbeitete eng mit der Ackermann-Gemeinde zusammen, gab Bücher und Sammelbände heraus und veranstaltete freie Debatten zwischen Menschen unterschiedlicher Überzeugungen. Dafür gab es in der kommunistischen Tschechoslowakei keinen Raum.

Darin liegt eine Stärke der Zivilgesellschaft: Menschen, Kirchen und Vereine können aufeinander zugehen, bevor die Mehrheit dazu bereit ist. Sie riskieren dabei Unverständnis, schaffen aber neue Beziehungen und zeigen, dass Zusammenarbeit möglich ist. Auf diesen Beziehungen kann die Politik aufbauen, ihnen eine größere Reichweite und einen festen Rahmen geben.

Wie aus konkreter Zusammenarbeit Vertrauen wächst, beschrieb der französische Außenminister Robert Schuman 1950: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Er sprach damals vor allem von der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Ackermann-Gemeinde hat zu einer solchen Solidarität zwischen Tschechen und Deutschen beigetragen.

Nach 1989 konnten wir uns auch zu Hause frei an dieser Arbeit beteiligen. Mit Freunden gab ich in Brünn die Zeitschrift Proglas heraus, die an unsere Arbeit im Samisdat anknüpfte. Schon in der ersten Ausgabe von 1990 veröffentlichten wir einen Text über den Brünner Todesmarsch. Wir gehörten nach der Wende zu den Ersten, die ein Thema ansprachen, dem sich die tschechische Gesellschaft nur schwer stellte.

Anfang der neunziger Jahre lernte ich auch Anton Otte kennen. Mit Jiří Hanuš, heute einem bekannten Historiker, beschäftigte ich mich mit christlicher Politik, der Soziallehre der Kirche und der Geschichte der Kirche im Untergrund. Wir wollten Bücher herausgeben, Vorträge und Diskussionen veranstalten. Weil unser Land damals arm war, suchten wir Unterstützung im Ausland.

Pater Otte leitete seit 1991 das Prager Büro der Ackermann-Gemeinde. In seinem Büro im Prager Emmauskloster erklärten wir ihm unsere Pläne. Er aß dabei Nüsse, und wir hatten den Eindruck, dass er uns kaum zuhörte. Wir waren zwei junge Männer aus Mähren, ich noch dazu mit langen Haaren. Und wir dachten: Für ihn sind wir wohl keine besonders vielversprechende Investition.

Doch wir täuschten uns. Otte hatte uns sehr wohl zugehört. Er vermittelte uns Kontakte zu deutschen christlichen Stiftungen und damit Unterstützung für unsere Arbeit. Daraus entstanden der Verlag des Zentrums für das Studium der Demokratie und Kultur, kurz CDK, und weitere Projekte. Durch seine Hilfe ist die Ackermann-Gemeinde auch mit diesem Teil des tschechischen geistigen Lebens verbunden.

Anton Otte wurde zu einer prägenden Persönlichkeit der Versöhnung. Später war er Propst auf dem Vyšehrad. Ein Deutscher aus dem schlesischen Weidenau stand damit an der Spitze des Kapitels an einem symbolischen Ort der tschechischen Geschichte.

Vom Aufholen zur gleichberechtigten Partnerschaft

Aus den frühen neunziger Jahren erinnere ich mich auch an ein Gespräch über die Zukunft unseres Landes. Wir hatten Anton Rauscher nach Brünn eingeladen. Er war deutscher Jesuit und Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg. Nach seinem Vortrag fragten wir ihn: Wie lange werden wir wohl brauchen, um zu den am weitesten entwickelten Ländern Europas aufzuschließen? Ich erwartete zehn oder fünfzehn Jahre. Schon das erschien mir ziemlich lang. Er sagte: vierzig Jahre.

Daran denke ich oft. Rauscher war realistischer als wir. Wir mussten eine funktionierende Wirtschaft, freie Institutionen und ein freies Bildungswesen wiederaufbauen. Dafür mussten sich auch Gewohnheiten ändern, die sich die Menschen in Jahrzehnten des Kommunismus angeeignet hatten. Das braucht Zeit.

Gerade hier in Bayern können wir an unseren Beziehungen sehen, wie weit wir inzwischen gekommen sind. An Bayern schätze ich die Verbindung von Tradition mit moderner Industrie, Forschung und Technologie. Als konservativer Mensch sehe ich darin ein Beispiel dafür, wie Tradition und Modernisierung einander stärken können.

Bayern ist mir auch durch meine regelmäßigen Besuche in Regensburg vertraut geworden. Dort war ich acht Jahre lang, von 2012 bis 2020, Mitglied des Hochschulrats der Universität.

Zu diesen akademischen Kontakten kam später die politische Zusammenarbeit mit Markus Söder. 2023 nahm ich als Ministerpräsident in Regensburg an einer Sitzung der Bayerischen Staatsregierung teil. 2024 besuchte Markus Söder Prag, und wir sprachen über eine intensivere Zusammenarbeit. Diese Gespräche zeigten mir: Eines der am weitesten entwickelten Länder der Welt sieht in uns inzwischen einen gleichberechtigten Partner, der etwas zu bieten hat und auf dessen Zusammenarbeit es ankommt.

Früher fragten wir, wann wir die anderen einholen würden. Heute fragen wir, was wir gemeinsam erreichen können. Wirtschaftliche Unterschiede bleiben, werden langfristig aber kleiner. Gleichberechtigte Partnerschaft bedeutet, die Fähigkeiten, Erfahrungen und Interessen des anderen ernst zu nehmen.

In vielen Fragen sind wir aufeinander angewiesen. Deshalb brauchen wir neben gemeinsamen Interessen auch Vertrauen. Die Ackermann-Gemeinde hat auch dazu beigetragen, dass diese Zusammenarbeit Rückhalt in unseren Gesellschaften hat.

Wir in Tschechien sprechen manchmal noch vom Westen, als beginne er erst jenseits unserer Grenzen. Dabei gestalten wir diese Gemeinschaft politisch und kulturell längst selbst mit. Schon 2017 sagte ich: „Wir sind inzwischen auch der Westen. Wir haben uns nur noch nicht daran gewöhnt.“ Damit tragen wir auch Verantwortung für seine Zukunft.

Gemeinsame Verantwortung für Europa

In Tschechien heißt es oft: Wir brauchen gute Beziehungen zu Deutschland, weil es wirtschaftlich so stark ist. Für mich hat die Zusammenarbeit aber auch einen politischen Sinn. Unsere Länder brauchen ein sicheres Europa, das seine Industrie wettbewerbsfähig hält und verantwortungsvoll wirtschaftet. Viele tschechische Interessen können wir gerade gemeinsam mit Deutschland wirksam vertreten.

Das habe ich als Regierungschef mit Olaf Scholz und Friedrich Merz erlebt. Merz kenne ich seit der Zeit vor seinem Amtsantritt als Bundeskanzler. Politisch stehen wir einander nahe. Aber auch mit Scholz hatte ich ein gutes Arbeitsverhältnis. Wenn wir nur mit

Nachbarn zusammenarbeiten könnten, die genauso wählen wie wir, würden wir in Europa nicht viel zustande bringen.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine drohte unseren Haushalten und unserer Industrie ein Gasmangel. Mit Bundeskanzler Scholz sprach ich deshalb über den Zugang zu deutschen LNG-Terminals. Wir sicherten uns vertraglich Kapazitäten im geplanten Terminal in Stade bei Hamburg. Für unser Land ohne Zugang zum Meer war das ein wichtiger Schritt zur langfristigen Versorgung.

Auch in der Verteidigung arbeiteten wir eng zusammen. Wir lieferten eigene Panzer an die Ukraine; Deutschland stellte uns dafür Leopard-Panzer zur Verfügung. So halfen wir der Ukraine bei ihrer Verteidigung und konnten zugleich beginnen, die sowjetische Technik unserer Armee durch westliche zu ersetzen.

Mit Friedrich Merz setzten wir die Hilfe für die Ukraine fort. Deutschland unterstützte weiter unsere Munitionsinitiative. Mit ihr organisierten wir den Einkauf dringend benötigter Munition für die Ukraine. Schon die ersten Lieferungen im Juni 2024 hatte Deutschland finanziert.

So funktioniert gute Nachbarschaft: Auch ein kleineres Land kann mit eigenen Vorschlägen und Partnern viel bewirken.

Die Unterstützung der Ukraine ist heute eine entscheidende Aufgabe für Europas Sicherheit. Wenn Gewalt sich als Mittel durchsetzt, fremdes Gebiet zu erobern, geraten auch andere Länder in Gefahr. Deshalb ist Deutschlands Beitrag so wichtig. Ich schätze den Wandel seiner Sicherheitspolitik seit 2022. Deutschland musste sein Verhältnis zu Russland, seine Energieabhängigkeit und seine Rolle in der Verteidigung überdenken. Das berührt wirtschaftliche Interessen und langjährige politische Gewohnheiten. Umso mehr zählt die Bereitschaft, Verantwortung für Europas Sicherheit zu übernehmen.

Unser Ziel bleibt der Frieden. Wie lässt sich damit militärische Hilfe vereinbaren? Papst Benedikt XVI. sagte 2011 vor dem Deutschen Bundestag: „Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers.“

Dazu gehört, zwischen Angreifer und Angegriffenem zu unterscheiden. Russland ist der Aggressor, die Ukraine verteidigt sich. Frieden soll Leben und Freiheit schützen und das Recht sichern, über das eigene Land zu entscheiden. Deshalb betrachte ich militärische Hilfe als Teil einer verantwortungsvollen Friedenspolitik. Sie soll der Ukraine ermöglichen, sich zu verteidigen und frei über ihre Zukunft zu verhandeln. So dient diese Hilfe auch unserer eigenen Sicherheit.

Wir Tschechen wissen, was es bedeutet, wenn andere ohne uns über unsere Zukunft entscheiden. Ich bin froh, dass wir das Recht auf Selbstbestimmung heute gemeinsam mit Deutschland verteidigen.

Demokratie und politische Urteilskraft

Die Freiheit, die wir in der Ukraine mitverteidigen, braucht unsere Aufmerksamkeit auch zu Hause. Europas Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, hängt auch vom Vertrauen der Bürger in die demokratische Politik ab. Radikale und nationalistische Kräfte gefährden deshalb auch die Zukunft unserer Beziehungen.

Dass dies auch uns betrifft, zeigte der diesjährige Sudetendeutsche Tag in meiner Heimatstadt Brünn. Er fand erstmals auf dem Gebiet der Tschechischen Republik statt. Eingeladen hatten Menschen aus der Zivilgesellschaft rund um Meeting Brno und weitere Persönlichkeiten. Dazu kam der traditionelle Versöhnungsmarsch, der an die Opfer des Brünner Todesmarsches erinnert. Beides zeigt, wie weit wir gekommen sind. Es gab aber auch Proteste, und manche Politiker versuchten, alte Ängste und Vorurteile erneut auszunutzen. Diese Stimmen stehen nicht für die gesamte tschechische Gesellschaft. Sie erinnern uns aber daran, dass Vertrauen auch nach Jahrzehnten der Versöhnung nicht selbstverständlich ist.

Ähnliche Gefahren sehen wir in anderen Ländern Europas. In Sachsen-Anhalt erhielt die AfD bei der Landtagswahl im September fast vierundvierzig Prozent. In Frankreich deuten manche Umfragen auf eine mögliche Stichwahl zwischen Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon hin: zwischen der extremen Rechten und der radikalen Linken. Solche Kräfte haben reale Aussichten auf Regierungsämter. Schon heute beeinflussen sie die politische Debatte und das Handeln anderer. Demokraten müssen verstehen, warum Menschen sie wählen, und überzeugend auf ihre Sorgen antworten.

Besonders gefährlich ist der Anspruch, allein das „wahre Volk“ zu vertreten. In dieser Sicht wird die Gesellschaft in ein anständiges Volk und verdorbene Eliten aufgeteilt. Aus politischen Gegnern werden innere Feinde, denen unterstellt wird, sie wollten dem eigenen Land schaden. Hass auf politische Gegner wird als Schutz nationaler Interessen gerechtfertigt. Europa weiß aus tragischer Erfahrung, wohin das führen kann. Bald werden unabhängige Gerichte und Medien zu Hindernissen erklärt, jede Kontrolle der Macht zum Angriff auf die Nation. Der Populismus verspricht dem Volk mehr Einfluss, schwächt aber zugleich seine Möglichkeit, die Regierenden zu kontrollieren.

Hier kann die Erfahrung der Ackermann-Gemeinde helfen: Versöhnung verlangte, Menschen kennenzulernen und ihre Erfahrungen zu verstehen, statt sich von nationalen Vorurteilen leiten zu lassen. Diesen Respekt brauchen wir auch heute, wenn politische Ansichten, Herkunft oder Lebensweise uns trennen. Wer die wirklichen Probleme und Sorgen der Menschen übergeht, hilft denen, die Verunsicherung in Hass verwandeln.

Deshalb schätze ich Ihren Beschluss von 2024 gegen völkischen Nationalismus und antidemokratischen Populismus sehr. Menschen wegen ihrer Herkunft auszugrenzen, widerspricht ihrer Würde. Dass Sie sich dagegenstellen, ist für mich ein konkreter Ausdruck christlicher Verantwortung für die Gesellschaft. Die Würde des Menschen hat Konsequenzen auch für unser öffentliches Handeln.

Dazu gehört die Fähigkeit, sich ein eigenes Urteil zu bilden. In sozialen Medien stehen überprüfte Nachrichten, persönliche Eindrücke, Aussagen ohne Zusammenhang und bewusste Lügen nebeneinander. Sie können ähnlich aussehen und erreichen uns über Menschen, denen wir vertrauen. Leicht beurteilen wir sie danach, wer sie teilt und ob sie unsere Überzeugungen bestätigen. Doch eine Aussage wird nicht dadurch wahr, dass sie unsere Meinung bestätigt oder oft geteilt wird.

In ihren Überlegungen zu Diktatur und Totalitarismus beschrieb Hannah Arendt eine besondere Folge systematischen Lügens: Am Ende müssen Menschen nicht unbedingt die einzelne Lüge glauben. Sie können aufhören, überhaupt etwas zu glauben, und ihre Fähigkeit verlieren, selbstständig zu urteilen. Dadurch werden sie leichter manipulierbar. Wenn wir Wahrheit und Lüge nicht mehr unterscheiden, schwächen wir unsere Fähigkeit, frei zu entscheiden. Das gefährdet Freiheit und Demokratie unmittelbar und öffnet autoritärer Herrschaft den Weg.

Als Hochschullehrer sehe ich hier eine zentrale Aufgabe der Bildung. Wie gelangen wir von einer Vermutung zu einer Erkenntnis? Womit lässt sich eine Behauptung belegen? Wie beurteilen wir ein Argument? Wir müssen fragen, woher eine Information stammt, was sie bestätigt und was sie widerlegen könnte. Und wir müssen bereit sein, unsere Meinung durch neue Erkenntnisse zu ändern. Viele Informationen allein schaffen noch keine Urteilskraft.

Diese Bildung gehört in Schulen, Universitäten und Vereine. Hier setzt auch die Junge Aktion an, die Jugendorganisation der Ackermann-Gemeinde. Sie verbindet Begegnungen mit politischer, kultureller und religiöser Bildung. Junge Menschen lernen dabei, eigene Ansichten zu prüfen, ihre Meinung zu begründen, Einwände anzuhören und gemeinsame Ergebnisse zu finden. So werden unsere Beziehungen persönlich: Man kennt jemanden auf der anderen Seite der Grenze, arbeitet mit ihm zusammen und kann ihn direkt nach Dingen fragen, die man nicht versteht.

Vertrauen weitergeben

Morgen, am 1. November, feiern wir Allerheiligen, und übermorgen, am 2. November, gedenken wir an Allerseelen der Verstorbenen. Auf den Friedhöfen unserer Länder stehen tschechische und deutsche Namen. Sie erinnern uns daran, wie eng unsere Länder geschichtlich miteinander verbunden sind. Dazu gehören gemeinsames Leben, Leid und Abschiede, nach denen die Menschen nicht mehr nach Hause zurückkehrten. Ich schätze den Einsatz tschechischer Freiwilliger, die aus eigener Initiative auch die Gräber früherer deutscher Bewohner wiederherstellen. Damit zeigen sie, dass auch diese Menschen zur Geschichte ihres Ortes gehören.

Die Gründer der Ackermann-Gemeinde kannten diese Erfahrungen aus ihrem eigenen Leben. Viele hatten ihre Heimat verloren. Dennoch suchten sie den Weg zu ihren tschechischen Nachbarn und gewannen nach und nach weitere Menschen für die Versöhnung. Heute können wir ermessen, wie viel Mut und Ausdauer sie dafür brauchten. Und wir können allen danken, die ihre Arbeit fortsetzen.

Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Arbeit auch in den kommenden Jahrzehnten weitergeht. Und dass immer neue junge Menschen sie zu ihrer eigenen Sache machen.

Wozu Ihre Gründer so viel Mut brauchten, soll für unsere Kinder eine selbstverständliche Erfahrung werden: auf der anderen Seite der Grenze Freunde zu haben. Menschen, denen sie vertrauen. Und auf die sie sich verlassen können.